Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

E 5604

Der Vollzugsdienst

1/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

6,5 % - Forderung des dbb zur Einkommensrunde 2012

BSBD-Mitglieder sind aufgefordert, sich an dbb-Aktionen zu beteiligen

Seite 4

„Grün-Roter Klimawandel" verursacht eine Kaltfront über den Beamten in Baden-Württemberg

Die Stimmung ist geprägt von Enttäuschung, Verärgerung und Wut

Seite 7

Unzufriedenheit einer der Gründe für hohe Fehlzeiten

Krankenstand in Hamburg ist Gegenstand einer Untersuchung

Seite 31

Gefängnis-Winterarbeit Ebrach 1926

Lesen Sie im Fachteil: Der Justizvollzug in der Bundesrepublik Deutschland

Die Stimmung ist geprägt von Enttäuschung, Verärgerung und Wut

Der „Grün-Rote Klimawandel“ verursacht eine Kaltfront über den Beamten

So wie der Januar begonnen hat, bringt das Neue Jahr 2012 keine hoffnungsfrohen Aussichten für die Beamtinnen und Beamten des Landes. Die Stimmung ist geprägt von Enttäuschung, Verärgerung und Wut – und ist – Gott sei Dank – noch nicht in Resignation umgeschlagen. Verursacher dieser Entwicklung ist die Personal- und Finanz- bzw. Sparpolitik der neuen Landesregierung – und frei nach dem Titel des Koalitionsvertrags: *„DER WECHSEL BEGINNT“* wurde den Beamtinnen und Beamten mittlerweile hautnah und schmerzhaft verdeutlicht: *„DER WECHSEL HAT SCHON BEGONNEN!“* Und dies wurde – mit großer Presseresonanz – heftig im Landtag debattiert: am 7. Dezember 2011, einen Tag nach Nikolaus, wo sonst eigentlich Geschenke verteilt werden. *Die Regierung fand ihr 130 Mio.-Euro-Sparpaket für die Beamten ganz moderat und zumutbar, die Opposition dagegen ungerechtfertigt und ungerecht.*

Dabei ist **die Beamtenschaft seit Jahren daran gewöhnt zu sparen**. Das Hinterherhinken des Öffentlichen Dienstes hinter der Einkommensentwicklung der Wirtschaft ist vielfach eindrucksvoll durch seriöse Studien belegt worden. Während in der Wirtschaft großzügige Gewinnbeteiligungen an alle Beschäftigten ausgeschüttet werden – von den Boni in den Chefetagen ganz zu schweigen – gab ist im ÖD schon gewohnheitsmäßig immer wieder Verschiebungen bei den Besoldungserhöhungen, Abstriche im Vergleich zu den linearen Tarifabschlüssen und bei den Einmalzahlungen, Kürzungen bzw. völliger Wegfall von Sonderzahlungen, Zuzahlungen bei der Beihilfe u.a.m. – ach ja, **eine** Erhöhung gab‘s doch: die der Arbeitszeit! (s. hierzu auch den interessanten Leserbrief von Hans Guggenheim a.a.O. dieser Ausgabe)

Was die Beamten aktuell ganz besonders aufbringt, ist ihre **einseitige Belastung zur Entschuldung des Landeshaushalts,** während andere Bürgergruppen völlig verschont bleiben sowie andernorts offenbar viel Geld vorhanden ist und mit vollen Händen ausgegeben wird. An den Einsparungen in Höhe von etwa 380 Mio. Euro im Jahr 2012 zur Vermeidung neuer Schulden wird neben den Ministerien nur die Beamtenschaft mit 130 Mio. Euro beteiligt. Dieser Sparbetrag setzt sich zusammen aus 100 Mio. Euro durch die in 2012 gestaffelt aufgeschobene Besoldungserhöhung und aus 30 Mio. Euro durch höhere Zuzahlungen an die Beihilfe.

Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer, die auch besonders junge Häuslebauer erwischt, ist ja bereits durch den landesweiten Ausbau der Kinderbetreuung völlig verplant.

Wie sieht nun die gegenwärtige Situation und Argumentation für’s Sparen aus?

- Reich sprudelnde Steuerquellen haben dem Land **2011 über 2,2 Mrd. Euro Mehreinnahmen** beschert (Qu. BNN 23.11.2011). Eine Verschiebung der Besoldungsanpassung und Einschnitte bei der Beihilfe sind also nicht nötig. Zudem ist die verfassungsmäßig festgelegte **Schuldenbremse** für die Länder erst im **Jahre 2020** zu erreichen. Prescht hier unser Land vor, ist zu befürchten, dass mit dem Sparopfer der Beamten über den **Länderfinanzausgleich** (jährlich rund **2,4 Mrd. Euro**) die Schulden anderer Bundesländer saniert werden müssen.

- Die **Personalpolitik** der Landesregierung auf höchster Ebene versetzt in ungläubiges Staunen. Kurz nach der Regierungsübernahme wurden im Juni/Juli 2011 in den Ministerien **180 neue hochdotierte Stellen** geschaffen und offenbar gegen die üblichen Regeln ohne Ausschreibung besetzt. Wo sind da **„Offenheit und Transparenz“** geblieben, die im Koalitionspapier 2011-2016 so herausragend proklamiert wurden? Die Kosten für diese Neustellen scheinen bislang unbekannt. Nach vorsichtiger Berechnung – im höheren A- oder unteren B-Bereich – dürften sie sich aber bei ca. **15 bis 20 Mio. Euro pro Jahr** einpendeln. Damit hätte man auf die erhöhten Beihilfezuzahlungen fast verzichten können. Kaum war die heftige öffentliche und oppositionelle Kritik ob dieser Maßnahme verstummt, wurden nach einer **abenteuerlichen Stellenarithmetik** im Oktober 2011 neue Personalbegehrlichkeiten bekannt. Nach einem Hick-Hack-Parcours von 100 auf 200 Stellen zurück auf 7 Stellen sind es schließlich **stattliche 113 Stellen** geworden (Qu. BNN v. 21.11.2011). Man könnte das lustig finden, doch es war und ist ein Trauerspiel, denn es kostet viel Geld. Damit wird auch sehr fraglich, ob die Ministerien das anvisierte Sparziel in 2012 von **273 Mio. Euro** (Qu. BNN v. 12.11.2011) werden erreichen können – aber die zu erwartenden Nachtragshaushalte werden’s schon richten. Diese werden dann insbesondere den neuen Häuptlingen nützen, während die geplagten Indianer mit immer mehr aufgebürdeten Lasten sich in verknappenden Strukturmaßnahmen verheddern – und letztlich krank oder verzichtbar werden.

- Dann gibt es das stets bemühte Argument, dass die **Personalkosten mit rund 40 Prozent** (~ **14,6 Mrd. €**) **den Landeshaushalt mit insges. 36,8 Mrd. Euro** schwer belasten würden – und dass deshalb gerade die Beamten von Sparbeiträgen – auch in Zukunft – nicht verschont bleiben könnten. Dieses Argument ist falsch und es ist auch unredlich, weil diejenigen, die es gebrauchen, es besser wissen müssten. Nach einer Mitteilung vom 30.11.2011 des unverdächtigen und stets strengen **Landesrechnungshofs** an den **BRH** mit einer klaren Aufschlüsselung kosten alle aktiven Beamten/innen und Richter/innen des Landes gerade mal knapp **20 %** (~ **7,3 Mrd. €**).

  Weiter sind in den 40 Prozent u. a. enthalten:
  - **Pensionen und alle Beihilfen** (13,5 % ~ 4,9 Mrd. €),
  - **Entgelte der Beschäftigten** (4,1 % ~ 1,5 Mrd. €) und
  - besonders pikant – auch die P**ersonalausgaben für die Landtagsabgeordneten** (2,5 % ~ 920 Mio. €).

  Da mag der Schelm brav denken: da macht’s ja wenig, wenn sich die Abgeordneten noch im Juni 2011 eine **Diätenerhöhung von 4,5 Prozent auf 6.756,– Euro/Mon.** selbst genehmigt haben – mit einer zusätzlich beachtlichen Kostenpauschale von **1.444.– Euro/Mon.** und einem Vorsorgebeitrag von **1.585 Euro/Mon.** (Qu. Bekanntmachung des Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg vom 30. Juni 2011). So kommt der/die einfache Abgeordnete ohne Sonderaufgaben, die ja extra vergütet werden, immerhin auf rd. **8.200.– Euro**

im Monat (vor Steuern) – ein Betrag, an den kaum ein Beamter (Indianer) in unteren Behörden herankommen dürfte. **Und trotzdem muss dann die geradezu mickrige 1,2-prozentige Anhebung für die Beamten auf März (bis A10) und August 2012 (ab A11) verschoben werden, wodurch nicht einmal die Inflation ausgeglichen werden kann.**

- Schließlich: der verordnete Sparbeitrag von **130 Mio. Euro** ist für die Beamtinnen und Beamten nicht nur ein Sparopfer, das Geld fehlt ihnen auch im Geldbeutel. Dies schwächt die Kaufkraft und beeinträchtigt die Lebensqualität, womit auch eine **konjunkturelle Komponente** angesprochen ist. Gerade dieser Aspekt mit wichtigen Auswirkungen auf künftige Steuereinnahmen wird noch dadurch verstärkt, dass die Ministerien ihren Sparbeitrag in Höhe von **273 Mio. Euro** nur durch Kürzungen bei Investitionen und bei Sachausgaben oder durch Personalabbau in unteren Landesbehörden werden erreichen können, da sie selbst auf ihrer Ebene ja beim Personal nicht sparen können und offenbar auch nicht wollen. Wird all dies politische Wirklichkeit, dann wird sie der **Infrastruktur des Landes** schweren Schaden zufügen.

- Im **Bereich der Beihilfe** erscheinen **die Erhöhungen der jährlichen Kosten-dämpfungspauschale um 25 % und der monatlichen Zuzahlung für Wahlleistungen um 9,– Euro** zunächst noch überschaubar. Der Anstieg der „sozial gestaffelten" Pauschale bewegt sich zwischen rd. 20.– und 70.– Euro, wodurch sich die jährlichen **Gesamtbeträge auf 94.– bis 338.– Euro** summieren. Damit könnten locker die Praxisgebühren für ein ganzes Jahr und noch Zuzahlungen für Arzneimittel bestritten werden. Hinzu kommt die Abgabe für Wahlleistungen, die von **13.– Euro auf 22.– Euro** im Monat (Anstieg um 70%!) erhöht wird und somit einen Betrag von **264.– Euro im Jahr** ausmacht. Dies ist für einen Pensionär vom mittleren Dienst, der etwa 1.600.– Euro Ruhegehalt/Monat (BILD v. 20.12.2011) erhält, viel Geld.

Dies alles wäre nicht so besonders bedeutsam, wenn hinter diesen nüchternen Zahlen nicht häufig **sehr schwer und/oder chronisch kranke Menschen** stünden. Sieht man die **Anlage zur BVO** an, ist zu ermessen, dass schon heute gerade diese Erkrankten vielfach Leistungen oder Hilfsmittel aus eigener Tasche zahlen müssen. Und diese Kranken wissen auch, dass heutzutage bei den sehr belastenden Klinikaufenthalten Wahlleistungen kein Luxus mehr sind. Da ist es kaum zu glauben, dass selbst Landespolitiker darauf hinweisen, dass man als Beamter/in ja das Privileg des/r Privatpatienten/in „genießen" könne, dass die Zuzahlung für Wahlleistungen „freiwillig" sei und man darauf auch verzichten könne, und dass die Privatversicherer auch einen günstigen „Basistarif" anbieten würden oder Verträge mit „Selbstbeteiligung" abgeschlossen werden könnten. Dazu ist aus unserer Sicht klar zu stellen: Dass die Ärzte ihre Praxiskosten und medizinischen Geräte nur noch mit den Privathonoraren finanzieren können, ist gewiss nicht die Schuld der Beamten, sondern der seit Jahren völlig versagenden Gesundheitspolitik. Und hinsichtlich des „Basistarifs" hört man, dass Ärzte auf dieser „Basis" bereits Behandlungen abgelehnt haben sollen. Da ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der zynischen Formel eines früheren hohen Ärztefunktionärs, der einmal alten, kranken und nur teuer therapierbaren Menschen ein „sozialverträglichen Ableben" angeraten hat.

Nun soll es ja bei diesen, wohl für 2012 schon beschlossenen Zuzahlungen zur Beihilfe nicht bleiben. Auf die entsprechende Frage in unseren Wahlprüfsteinen von Anfang Februar 2011 hat die Partei der **GRÜNEN** geantwortet: ***„Wir wollen … auch eine Angleichung der Beihilfesätze an die Konditionen der gesetzlichen Krankenversicherung erreichen."*** Dies lässt nichts Gutes ahnen und würde nicht nur einen Struktur-, sondern einen **totalen Systemumbau** erfordern. Sollte dafür die weit bekannte „Giftliste", gleichgültig ob sie von der alten oder neuen Landesregierung stammt, Pate stehen, würde das bedeuten: **– Absenkung der Beihilfebemessungssätze von 70 % (80 %) für Ehepartner, Kinder und Pensionäre generell auf 60 %**, woraus Einsparungen von fast 140 Mio. Euro resultieren sollen. Weiterführende Gedanken – z. B. vom *Bund der Steuerzahler* – befürworten sogar eine Absenkung auf 50 %.

Foto: Harry Hautumm_pixelio.de

Da die Gesundheitskosten ja nicht geringer, sondern eher höher werden, müsste diese Sparsumme von 140 Mio. € irgendwo herkommen: nämlich von den Beihilfeberechtigten! Diese müssten also ihre **private Krankenversicherung** um mindestens **10 % (ggf. 20 %) aufstocken** und dafür voraussichtlich weit überproportionale Beitragserhöhungen hinnehmen. Und gerade hier würde es wieder die schwer und chronisch Erkrankten treffen: sie müssten wohl z.T. neue Privatversicherungs-Verträge abschließen, es könnten Risikozuschläge hinzukommen und vor allem sind nach den bisherigen Prozentanteilen von der PKV keine höheren und angepassten Altersrückstellungen gebildet worden. Es wäre zu erwarten, dass sich die heute schon sehr hohen Versicherungsbeiträge teilweise etwa verdoppeln würden. Keineswegs zu erwarten wäre allerdings, dass sich das Land als Arbeitgeber an den gestiegenen Versicherungsbeiträgen – wie bei gesetzlich Krankenversicherten – beteiligen würde.

Da wäre es doch besser, man würde den Systemumbau konsequent vollenden und alle Beamten und Beamtinnen in die Gesetzliche Krankenversicherung überführen – selbstverständlich mit der Entrichtung des hälftigen Arbeitgeberanteils an die GKV – für Alle. Das würde aber richtig Geld kosten und eine derart hohe Aufstockung des Landeshaushalts erfordern, die so gar nicht in den politischen Sparwillen passen würde.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt · Pf. 3136 · 46314 Borken-Weseke

Wie sind nun zum Neuen Jahr die Befindlichkeiten in der baden-württembergischen Beamtenschaft?

➢ Wir sind bitter enttäuscht und empört: Angesichts der sprudelnden **Steuereinnahmen** sind die Sparmaßnahmen gegen die Landesbeamtinnen und -beamten ungerechtfertigt; sie sind auch ungerecht – angesichts der zusätzlichen und überflüssigen **Personalausgaben** im hohen politischen Raum – das ist zweierlei Maß! Sie sind doppelt ungerecht, weil die Beamten/innen als **einzige gesellschaftliche Gruppe** („mit denen kann man's ja machen!") zu dieser **negativen Sonderbehandlung** herangezogen werden.

➢ Wir fühlen uns hinter's Licht geführt: Die unredliche und unfaire Argumentation mit dem **Personal-Kostenanteil (40 vs. 20 Prozent) im Landeshaushalt** ist nachweislich falsch und deshalb ungeeignet zur Begründung von Spar- und Strukturmaßnahmen.

➢ Wir sind ungehört und unbeteiligt: Die Sparmaßnahmen für 2012 wurden **einseitig** beschlossen und verkündet, trotz unserer frühzeitig bekannten Gesprächsbereitschaft (**BBW**). **Für den Haushalt 2013/2014 wird über strukturelle Eingriffe** (Stellenabbau, Aussetzung der Besoldungserhöhung, Kürzung der Beihilfen usw.) bereits heftig und konkret nachgedacht. Diese **„Giftliste"** aus dem IM, über deren Ursprung alte und neue Regierung streiten, und die am 07.12.2011 im Landtag theatralisch und medienwirksam zerrissen wurde, kennen wir schon (s. VOLLZUGSDIENST 6/2011, S. 12) – und sie sollte endgültig im Reißwolf versenkt bleiben. Wird sie aber wieder hervorgeholt, wird dazu der **BBW** „seine Hand nicht reichen" und sich von der Landesregierung ggf. veranlasst sehen, „Verfassungsklage in Karlsruhe einzureichen" (s. hierzu auch die in dieser Ausgabe a.a.O. abgedruckten Artikel aus der **SÜDWEST PRESSE** vom 08.12.2011 und aus der **Stuttgarter Zeitung** v. 23.12.2011).

➢ Wir denken nachhaltig: Um die Beamten und Beamtinnen bereits auf weitere Sparopfer einzustimmen, ließ der **Finanz- und Wirtschaftsminister** am 7. Dezember 2011 im Landtag folgenden tiefsinnigen Spruch los, der auf den neuen Politikstil der Koalition rekurriert und der fraglos in die Zitatensammlung eingehen wird: **„Die Politik des Gehörtwerdens heißt nicht, dass man immer erhört wird."** Dieser Spruch ist vielseitig und nachhaltig verwendbar. Wir sagen: Wenn Ihre Politik mit den Beamten weiter so umgeht, dann wird Ihr Spruch im Frühjahr 2016 (spätestens) lauten: **„Das Gehörtwerden der grün-roten Wahlwerbung heißt nicht, dass sie von uns auch erhört wird."** Und wir haben auch noch alle Ihre Antworten auf unsere **Wahlprüfsteine** ganz tief abgespeichert! (S. Homepage **bsbd-bawue.de**)

➢ Wir sind gleichermaßen kampf- wie gesprächsbereit: Nach neuestem Vernehmen blüht in der Kaltfront ein **zartes Pflänzchen für neue Gespräche,** angeboten von der Fraktionsspitze der GRÜNEN (Schreiben v. 20.12.2011). Darin fehlen jedoch nicht deutliche Hinweise auf ebenso erstrebenswerte wie sehr teure politische Ziele, wie: „Handlungsfähigkeit der Landespolitik – Attraktivität des öffentlichen Dienstes – Nachhaltigkeit einer angemessenen (!) Versorgung – Tragfähigkeit der Landesfinanzen bis 2020 und darüber hinaus". Dabei sollen „Zukunftsentlastungen und die Interessen der heutigen jungen Generation" zentrale Berücksichtigung finden. Das wird äußerst schwierig und deutet auf tiefgreifende strukturelle Umbauten hin. Dies dämpft unsere Hoffnungen sehr!

➢ Wir stehen ***mit unbedingter Solidarität und auch mit Zuversicht an der Seite unseres BBW-Vorsitzenden VOLKER STICH, dem wir viel Kraft und Mut für seine schwierige Arbeit im – noch kalten – Neuen Jahr wünschen!***

➢ Wir wünschen ***von unseren Mitgliedern und allen Bediensteten des Justizvollzugs tatkräftige Unterstützung – und: mehr Mitglieder erhöhen unsere Schlagkraft!***

➢ **…und ein letzter Appell:** ***Starten wir gemeinsame Aktionen. Einige Kolleginnen und Kollegen haben schon beachtliche Leserbriefe und offene Briefe an hohe politische Entscheidungsträger geschrieben. Nehmt unsere guten Argumente und haltet sie Euren Wahlkreisabgeordneten und den Regierungsmitgliedern ob deren ungerechten Handelns vor, das unsere Arbeit durch mangelnde Anerkennung herabsetzt. Die Anschriften findet Ihr auf unserer BSBD-Homepage – Rubrik „Aktuelles"***.

wok

Letzte Meldung vor Redaktionsschluss (15. Januar 2012)

Intensive Gedanken über Einsparpotenziale

Aus den BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN, 13. Januar 2012

von Henning Otte

Stuttgart. Bei den Winterklausuren der Fraktionen ging es mal wieder um das liebe Geld. Die grün-rote Landesregierung muss bis 2020 rund 1,5 Milliarden Euro einsparen. Die Grünen-Fraktion kündigte **„schmerzhafte Einschnitte"** für die Beamten an. **„Wir werden uns intensiv Gedanken machen müssen über Einsparpotenziale", sagte Fraktionschefin Edith Sitzmann** *(MdL aus Freiburg, Red.)* nach der Winterklausur in Aalen.

(Der BSBD meint dazu: Frau Sitzmann möge sich zuallererst mal in den Grünen Ministerien und in der Villa Reitzenstein umschauen, wo seit dem politischen Farbenwechsel neue hohe Posten in dreistelliger Anzahl und ohne Not besetzt wurden.)

Der Streit mit dem Beamtenbund und Gewerkschaften, aber auch mit der SPD scheint programmiert. **„Wir müssen uns darauf einstellen, dass es da Gegenwind geben wird"**, sagte die Grünen-Politikerin. ***(‚Wie Recht sie da hat – und es könnte auch ein starker Sturm werden'.)***

Die **SPD** will aber künftig weder Einkommen der aktiven Beamten noch Pensionen antasten. ***(!)*** **„Wir wollen das durch Effizienz und Einsparen von unnötigen Ausgaben erreichen"**, sagte der **SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel.** (***‚Das lässt sich doch eher hören', sagt der BSBD – und: ‚wenn auch ‚OBEN' einbezogen wird, machen wir mit!')*** *(Hervorhebungen u. Klammern, Red.)*

Und – Ironie des Timings – wie nah doch Leid und Freud' beieinander liegen: In derselben Ausgabe der BNN vom 13. Januar 2012 ist nur zwei Seiten weiter zu lesen, dass **„die rund 130.000 Tarifbeschäftigten der Deutschen Post … ab April 2012 vier Prozent mehr Lohn und Gehalt"** bekommen.

Wie schön – wir gönnen's den Briefträgerinnen und Briefträgern u. a. von Herzen. *wok*

Der Protest formiert sich

Offene Briefe und Leserbriefe
von BSBD-Mitgliedern an die Politik

Engagierte und couragierte Initiativen haben einzelne BSBD-Mitglieder wegen der Sparmaßnahmen und der Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte gestartet, indem sie an Zeitungen und Politiker geschrieben und ihrer Enttäuschung sowie ihrem Ärger „Luft gemacht" haben.

- Kollege **Hans GUGGENHEIM** von der JVA Mannheim hat bereits im November 2011 einen Leserbrief an den **MANNHEIMER MORGEN** gesandt, wobei er sich auch auf die Untersuchung von **Armin AUFRECHT** zur „Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung in den vergangenen 35 Jahren" (letzte Fortschreibung Febr. 2011) gestützt hat. Diese interessante und aufschlussreiche Studie kann auch auf unserer Homepage bsbd-bawue.de nachgelesen werden.
- Ein gleichlautendes Schreiben als „offenen Brief" hat Kollege GUGGENHEIM auch an die Landtagsabgeordnete der GRÜNEN – **Charlotte SCHNEIDEWIND-HARTNAGEL** – aus Eberbach geschickt, woraus ein weiterer umfangreicher, aber noch nicht abgeschlossener Schriftwechsel entstanden ist. Über das Ergebnis können wir ggf. im nächsten Heft des VOLLZUGSDIENST berichten.
- Kollegin **Anneliese DENKE** von der JVA Rottenburg hat ihren **offenen Brief** gleich an die höchste politische Adresse im Lande adressiert. In beeindruckenden Worten schildert sie ihre hoch motivierte Tätigkeit im Justizvollzug und sie gibt in großer Offenheit ihrer Enttäuschung und ihrem Ärger über das Verhalten der Landesregierung gegenüber den Beamten Ausdruck.
- Auch **Detlef HAMACHER** hat als Vorsitzender des Ortsverbands Rottenburg bereits am 20. Dezember 2011 Kontakt zu dem **grünen Landtagsabgebordneten Daniel Andreas LEDE ABAL** aufgenommen, um mit ihm bei passender Gelegenheit die Vorhaben der Landesregierung und der Grünen-Fraktion im Landtag zu diskutieren. Ein Treffen kam bisher noch nicht zustande. Voraussichtlich kann im nächsten VOLLZUGSDIENST darüber berichtet werden.
- Kollege **Lars RINKLIN** von der Justizvollzugsanstalt Heilbronn hat als Mitglied des **BSBD**-Landesvorstands in einem Brief an die **HEILBRONNER STIMME** vom 20. Dezember 2011 ein kurzes, aber umso prägnanteres Statement zu den Leistungen des Justizvollzugs und zur Ignoranz der Regierenden abgegeben – gut so!

Eine landesweite Nachahmung solcher Initiativen ist gestattet! *wok*

Beamte: „Besoldung wird später erhöht", Bericht vom 4. November 2011:

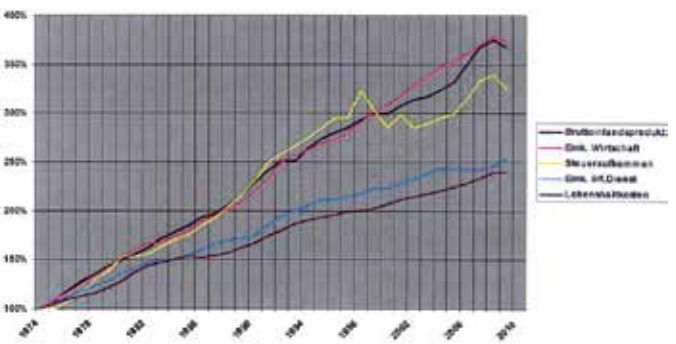
An den Beamten liegt es nicht

Von Hans Guggenheim, Mannheim

Die Beamten sollen wieder ein Sparopfer bringen, denn die Personalkosten würden fast 40 Prozent der Ausgaben des Landes ausmachen. Nun ist erst einmal zu fragen, ob diese 40 Prozent wirklich zu viel sind, d. h. welchen Maßstab möchte man hier anlegen? In der verarbeitenden Industrie liegen die Personalkosten bei ca. 20 Prozent; in Dienstleistungsbereichen machen Personalkosten üblicherweise 80 Prozent der Kosten aus. Man merkt schnell, diese Vergleiche helfen nicht wirklich weiter.

Aber man könnte die Entwicklung des Steueraufkommens des Landes mit der der Einkommen im öffentlichen Dienst mal vergleichen. Nimmt man beispielsweise 1974 als Indexjahr (Indexjahr bedeutet, dass die Kennzahlen, wie Steueraufkommen und Einkommen im öffentlichen Dienst beispielsweise auf 100 Prozent gesetzt werden), so stellt man fest, dass das Steueraufkommen des Landes Baden Württemberg relativ kontinuierlich auf 355 Prozent gestiegen ist, wohingegen die öffentlichen Beschäftigtengehälter und die Beamtenbesoldung lediglich bei 253 Prozent liegen. Letzteres entspricht in etwa der ermittelten Steigerung der Lebenshaltungskosten (241 Prozent), wohingegen das Steueraufkommen dem Bruttoinlandsprodukt (397 Prozent) bzw. den Angestelltengehältern in der Wirtschaft (374 Prozent) folgt.

Tatsächlich ist es also so, dass die Einkommen in der Wirtschaft und das Einkommen des Staates proportional zum Bruttoinlandsprodukt – also zur Produktivität unseres Landes – steigen. Die Einkommen im öffentlichen Dienst werden jedoch von dieser Entwicklung immer mehr abgekoppelt, und es wird lediglich ein Inflationsausgleich – und dieser seit Jahrzehnten auch nur verzögert – gewährt. Es liegt also nicht an den angeblich zu reichlich besoldeten Beamten und ihren Pensionsansprüchen, wenn der Staatshaushalt immer mehr in Schieflage gerät. Dies wird nämlich deutlich, wenn man sich die Steigerungsraten der Landesausgaben betrachtet. So lagen die Ausgaben für Schulen im Jahr 2008 bei einer Steigerung von über 500 Prozent, die Ausgaben für öffentliche Sicherheit steigerten sich auf fast 500 Prozent und die Gesamtausgaben wuchsen auf 400 Prozent an. Die Personalkosten stiegen hierbei lediglich auf 250 Prozent (immer auf das Indexjahr 1974 berechnet). Hätten die öffentlichen Bediensteten im Land einen der Wirtschaft entsprechenden Einkommenszuwachs erhalten, würde der Schuldenstand in Baden-Württemberg um rund 30 Prozent höher liegen.



Entwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst der Wirtschaft sowie des Steueraufkommens in Bezug zu den Lebenshaltungskosten und dem Bruttosozialprodukt in Baden-Württemberg. *Quelle: Achim Aufrecht*

Sonderopfer gefordert

Wie man bei solchen doch recht eindeutigen Zahlen immer wieder von der Beamtenschaft Sonderopfer fordert, will mir nicht einleuchten – gleichgültig, von welchen Parteien diese Forderungen kommen.

Übrigens orientieren sich die Steigerungsraten für die Diäten dieser Politiker natürlich nicht am Inflationsausgleich, sondern diese haben Teil an den Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts.

Mannheimer Morgen, 26. Nov. 2011

Offener Brief an Herrn Ministerpräsident Kretschmann

Von Anneliese Denke, Justizvollzugsanstalt Rottenburg, 26. Dezember 2011

Sehr geehrter Herr Kretschmann,

mit Entsetzen habe ich festgestellt, dass Sie, Ihre Regierungsmitglieder und die Landtagsfraktionen tatsächlich beschlossen haben, **einmal mehr den Beamten und Beamtinnen dieses Landes in die Taschen zu greifen.** Wie perfide ist das denn. Da lassen Sie sich mit einem Großteil an Stimmen gerade jener Personen in ihre Ämter wählen und zum Dank dafür bedienen Sie sich schamlos. **Was mich und viele meiner Kollegen und Kolleginnen besonders enttäuscht ist, dass Sie so einseitig nur einen kleinen Teil der Bevölkerung dieses Landes benachteiligen.**

Ich hätte noch ein wenig Verständnis aufbringen können, wenn Sie und die anderen Abgeordneten mit gutem Beispiel vorangegangen wären und eigene Opfer eingebracht hätten. Aber Nein, Sie erhöhen sich noch regelmäßig ihre Diäten. Aber Nein, mit einem Teil des Geldes, welches Sie an uns einsparen, finanzieren Sie zusätzliche Stellen für Ihre Parteifreunde, welche in Ämter gehievt wurden, die es bisher noch nicht gab.

Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie überall erzählt, dass nun eine Politik für und mit dem Bürger beginnt. Daraus ist zu schließen, dass Sie die Beamtinnen und Beamten dieses Landes nicht zur Bürgerschaft zählen, denn die Einsparungen wurden über deren Köpfe hinweg beschlossen.

Haben Sie sich nur einmal Gedanken darüber gemacht, wen Sie hier benachteiligen? **Ein sehr großer Teil der Beamtenschaft befindet sich in den Gehaltsgruppen unter A 10.** Wissen Sie überhaupt, wie viel diese Menschen verdienen? Alles was Sie sich von Ihrem Einkommen so selbstverständlich leisten können, zum Beispiel ein eigenes Haus, eine eigene Wohnung und so vieles mehr, wird hier zu einem Kraftakt, welchen man nur mit bitteren Einsparungen in anderen Bereichen schafft – wenn überhaupt. **Haben Sie sich auch einmal Gedanken darüber gemacht, wen Sie mit diesen Einsparungen bedenken?**

Zum Beispiel: Polizistinnen und Polizisten, welche auch für Sie und Ihre Kollegen und für den Rest der Bevölkerung in vielen Situationen die Köpfe hinhalten und für Alle für Sicherheit sorgen. Finanzbeamtinnen und -beamte, welche gerade derzeit dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen dieses Landes fließen. Feuerwehrleute, Bedienstete in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug und viele andere mehr. Sie alle schuften für das Wohl dieses Landes. Deren Arbeitseinsatz wird selbstverständlich erwartet, aber dafür zu sorgen, dass dafür auch das Einkommen stimmt, ist scheinbar nicht erforderlich. Hauptsache, mit den erlangten Geldern können irgendwelche Prestigeobjekte finanziert werden, die Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in einem guten Licht erscheinen lassen. Durch wessen Opfer aber diese Projekte finanziert werden, scheint Ihnen allerdings völlig egal zu sein.

Damit Sie nun noch wissen, wer Ihnen diesen Brief aus vollster Empörung heraus schreibt: Seit über 30 Jahren bin ich im Strafvollzug tätig, tue alles dafür, dass die Menschen dieses Landes vor Straftätern und Straftaten geschützt werden. Versuche mit ganzer Kraft, gestrauchelte Menschen wieder auf die richtige Bahn zu bringen, damit sie ein anständiges Mitglied unserer Gesellschaft werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss man sehr viel aushalten, viele Enttäuschungen hinnehmen und trotzdem hofft man immer wieder, dass die Arbeit auch einmal Früchte trägt. Die vielen Tiefschläge muss man wegstecken und immer darauf hoffen, dass der nächste Versuch gelingt.

Und nun vermittelt man mir, dass mein ganzer Einsatz nichts wert ist, dass es richtig sein soll, mir einen Teil meines bitter verdienten Geldes wieder weg zu nehmen, dass meine Arbeit für dieses Land nicht anerkannt wird. Sie versetzen uns einen Tiefschlag, welcher nicht leicht weg zu stecken ist, möglicherweise bei manchen überhaupt nicht mehr. Unsere Motivation, diese schweren Aufgaben immer und immer wieder neu anzugehen, könnte durch diese Entscheidung wohl eher nur noch in Resignation enden. Warum trifft es immer uns, die kleinen Landesdiener, die Tag für Tag dafür kämpfen, dass in diesem Land alles funktioniert.

Als der Regierungswechsel da war, war ich gespannt, wie sich nun alles entwickeln wird. Wenn man Ihren Versprechungen Glauben schenken wollte, dann sollte ja nun alles besser werden. Nun ja, Sie haben es nun in kürzester Zeit geschafft, dass ich mein gesamtes Arbeitsleben hinterfrage.

Sie stellen die Beamtenschaft dieses Landes so dar, als wenn es sich um eine anonyme Masse handelt, die sich auf dessen Kosten ein unverdientes, angenehmes Leben macht. Sie vergessen, dass es sich um einzelne Menschen handelt, jeder wurde bewusst und mit allen Folgen eingestellt, weil er seine Arbeitskraft für das Wohl dieses Landes einsetzen soll und das tut er in aller Regel auch.

Sie selbst waren einmal Lehrer, also auch ein Landesdiener. Muss man davon ausgehen, dass Sie in der damaligen Zeit der Meinung waren, dass Sie für Ihre Arbeit zu viel verdienen? Bei Ihren heutigen Plänen könnte man genau dieses annehmen. Und dennoch ist unser Verdienst heute, durch die bereits geschehenen Einschnitte, durch die Inflation und durch die nicht erfolgten Gehaltserhöhungen vom Geldwert weitaus niedriger. Sie wissen ganz genau, dass das Einkommen der Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahrzehnten nicht annähernd vergleichbar stieg als in der Wirtschaft und schon gar nicht im Vergleich zu den Politikerinnen und Politikern dieses Landes.

Zum Schluss dieses Briefes möchte ich Ihnen noch eine kleine Geschichte erzählen: zwei Brüder, welche sich bisher gut verstanden, wohnten zusammen mit den Eltern glücklich und zufrieden. Der Jüngere konnte sich durch viele kleine Jobs in der Nachbarschaft und bei Verwandten so viel Geld verdienen, dass er sich ein wertvolles Computerspiel kaufen konnte. Eines Tages wollte sich der Ältere einen besonderen Wunsch erfüllen. Er hatte aber nicht genügend Geld dafür. Da ging er hin, „klaute“ seinem kleinen Bruder das Computerspiel, verscherbelte es an einen Kumpel und konnte sich dann seinen Traum erfüllen. Von seinem kleinen Bruder erwartete er, dass dieser sein Tun klaglos hinnehmen würde. Beurteilen Sie doch mal die Tat des großen Bruders. Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie der Kleinere wären?

Dies alles schreibt Ihnen eine zutiefst enttäuschte Dienerin dieses Landes, die nun gelernt hat, dass man niemandem, wirklich niemandem mehr trauen darf, schon gar nicht seinem Arbeitgeber, der bei der Einstellung versprochen hatte, seine Fürsorgepflicht zu erfüllen. Ich fühlte mich immer zu meiner Arbeit berufen, jetzt überlege ich, ob ich eigentlich nur noch verrufen werde.

Hochachtungsvoll
(Anneliese Denke)

Heilbronner Stimme 20. Dezember 2011

Das Fest vermiest

Zum Thema „Kürzungen bei den Beamten"

Das Jahr neigt sich dem Ende und es ist wieder einmal kein Schwerverbrecher aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Heilbronn ausgebrochen. Um den Schutz der Heilbronner Bevölkerung zu gewährleisten, machen etwa 130 Kollegen rund um die Uhr in der Steinstraße und auf dem Talheimer Hohrainhof Dienst. Viele Heilbronner wissen unsere Arbeit und die Qualität der Gefangenenarbeit zu schätzen und kaufen immer wieder freitags im "Gitterlädle" ein. Was uns aber nun ganz kräftig das Weihnachtsfest versaut, sind wieder einmal die aktuellen Sparpläne bei den Beamten. Es ist schon perfide, dass sich die grün-rote Landesregierung ein Ministerium neu einrichtet, 160 Beamtenstellen neu schafft und im Gegenzug die Beamten-Personalausgaben im Land mit 40 Prozent kritisiert.

Fakt ist aber. dass es nur etwa 20 Prozent sind. Die Herren sprechen aber nicht darüber, dass seit 2000 insgesamt 21 Mal bei den Beamten gekürzt wurde. Auch die Pensionen werden gerne ins Spiel gebracht und von den Politikern als "Last" ausgetreten. Das Tuch des Schweigens hüllt sich aber über die Tatsache, dass die Landesregierung seit 1958 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet ist, für jeden Beamten eine dynamische Rücklage zu bilden. Man hat ja die Beamten, die sich ganz gut als "Buh-Männer der Nation" vorschieben lassen, um eigene Versäumnisse zu vertuschen.

Lars Rinklin,
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Heilbronn

Pressemeldungen

Stuttgarter Nachrichten vom 23. Dezember 2011

Der Stapel der Protestbriefe wächst

Beamtenbund ist verärgert über weitere Sparpläne der Landesregierung und droht mit Verfassungsklage

VON FRANK KRAUSE

STUTTGART. Das Klima zwischen dem Beamtenbund und der grün-roten Landesregierung verschlechtert sich immer mehr. Landeschef **Volker Stich** hat am Donnerstag enttäuscht und zugleich verärgert auf die neuen Ankündigungen der Koalition reagiert, mit dem Sparen bei den Staatsdienern jetzt erst richtig zu beginnen. „Was die Landesregierung hier macht, ist Wortbruch. Wir werden das nicht tatenlos hinnehmen", sagte **Stich** unserer Zeitung.

Darum geht es: Die grün-rote Landesregierung spart bei den Beamten im Haushalt 2012 insgesamt 130 Millionen Euro ein. Zum einen durch eine Verschiebung der Besoldungserhöhung, zum anderen durch Eingriffe bei der Beihilfe, also den Geldern zur Krankenversicherung. Letzteres hatte der Beamtenbund mehrfach kritisiert. Tenor: Einerseits leiste sich die Landesregierung massiv neue Stellen in den Ministerien und verfüge über satte Steuermehreinnahmen, andererseits gebe es wieder mal ein Beamtensonderopfer. Der **SPD**-Landtagsfraktionsvorsitzende **Claus Schmiedel** hatte sich zuletzt mehrfach vor die Staatsdiener gestellt und signalisiert, weitere Sparopfer sollten vermieden werden. Womöglich war er damit zu voreilig.

Denn nach Informationen unserer Zeitung haben Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** und Landtagsfraktionschefin **Edith Sitzmann** (**beide Grüne**) dem Beamtenbund zuletzt mehrfach signalisiert, dass der Sparbetrag 2012 erst der Anfang sei. Am Mittwoch jedenfalls wies **Schmiedel** die wiederholte Kritik des Beamtenbunds am Sparkurs plötzlich zurück: „Wer jetzt schon scharf schießt, ohne dass es heiß ist, der läuft Gefahr, dass ihm die Munition ausgeht."

Beim Beamtenbund wird das als Kampfansage gewertet. Unser Pulverturm ist groß und gut gefüllt. Der hält die ganze Legislaturperiode", warnte

"Unser Pulverturm ist gut gefüllt. Der hält die ganze Legislaturperiode"

Volker Stich, Chef des Beamtenbundes

Stich. Die Stimmung unter den aktiven 240 000 Beamten und 70 000 pensionierten Staatsdienern sei „jetzt am Tiefpunkt angelangt".

Noch vor der Landtagswahl habe die **SPD** versprochen, man werde bei den Beamten nicht eingreifen, sagte der Beamtenbund-Chef weiter. Nun trete das Gegenteil ein. „Wir fühlen uns an der Nase herumgeführt", sagt **Stich**. „Bei mir wächst der Stapel der Protestbriefe unserer Mitglieder, die sich das nicht gefallen lassen wollen." Man habe Grün-Rot in den vergangenen Monaten mehrfach Gespräche angeboten und sei zu Sparbeiträgen bereit gewesen. „Die Regierung hätte einen Vertrag haben können, in dem unser Sparbeitrag bis zum Ende der Legislaturperiode geregelt ist. Aber es wurden wieder mal keine Entscheidungen getroffen. Nun bricht der Konflikt eben offen auf", erklärte der Beamtenbund-Vorsitzende. Wenn die Regierung für den Haushalt 2013/2014 strukturelle Eingriffe plane, um die Personalkosten im Landesetat zu senken und es womöglich darum gehe, Stellen abzubauen, die Besoldung erneut nicht zu erhöhen oder die Beihilfe weiter zu kürzen, „werden wir nicht die Hand reichen", kündigte der Landeschef an. Stattdessen werde man nun die Pläne für Protestaktionen vorantreiben. Wenn es im nächsten Jahr erst mal große Kundgebungen gibt und wir den Bürgern klarmachen, wie das Land mit seinen Beamten umgeht, wird das Gutmenschentum dieser Regierung bald entlarvt", so **Stich**. Vor dem Hintergrund, dass Beamte nicht streiken dürfen, geht der Landeschef deshalb inzwischen schon ein Stück weiter. Weitere Kürzungen bei der Beihilfe kämen einem konkreten Einkommensverlust gleich. „Damit wird eine Grenze überschritten, die rechtlich nicht zulässig ist", warnte Stich und kündigte darüber hinaus an: „Ich befürchte, dass diese Landesregierung uns dazu bringt, eine Verfassungsklage in Karlsruhe einzureichen."

SÜDWEST PRESSE vom 8. Dezember 2011

Beamte sauer auf Grün-Rot

Verbandschef droht mit Massenkundgebungen – SPD weist Kritik zurück

Im Landtag haben Regierung wie Opposition um die Gunst der Beamten gebuhlt. Ohne Erfolg: Volker Stich, Chef des Beamtenbundes, fordert von Grün Rot Zusagen – andernfalls gebe es Massenkundgebungen.

Von Roland Muschel

STUTTGART. Vor der Landtagswahl im März 2011 hatte der Landeschef des Beamtenbundes, **Volker Stich**, noch öffentlich mit der **SPD** geflirtet. Die Beamten sieht er gar als „Königsmacher" von **Grün-Rot**, weil viele Mitglieder im Frühjahr vermeintlich erstmals für **SPD** oder **Grüne** gestimmt haben. Doch inzwischen sieht sich **Stich** in der Hoffnung getäuscht, dass die neue Regierung die Belange der Beamten besser berücksichtigen werde als die Vorgängerregierung. „**Grün-Rot** füllt inzwischen millimetergenau die Fußstapfen von **Schwarz-Gelb** aus. Es kristallisiert sich sogar heraus. dass die Wege die gleichen sind", sagte Stich gestern der SÜDWEST PRESSE. Seit 2003 steht er dem Beamtenbund vor, aber ein solches Maß an Empörung wie derzeit habe er bei den Mitgliedern noch nicht erlebt. „Da steckt Sprengstoff drin.".

Um den zu entschärfen fordert **Stich** rasch schriftlich fixierte Zusagen der Regierung: **„Wir wollen einen Vertrag mit klaren Perspektiven: keine Eingriffe in die Versorgung, keine Absenkung der Beihilfesätze und Übernahme der Tarifergebnisse auf die Besoldung und den Versorgungsbereich."** Andernfalls werde es im Frühjahr „Großkundgebungen" gegen **Grün-Rot** geben.

„Dann werden anstelle der Stuttgart-21-Gegner vor dem Bahnhof regelmäßig 10 000 Beamte vor dem Finanzministerium protestieren."

Ohne schriftliche Zusagen jedenfalls werde er das „Dialogangebot" von Grün-Rot nicht annehmen, kündigte **Stich** gestern an.

Dabei hatten am Vormittag im Landtag Koalitionpolitiker noch Verständnis der Beamten für die Sparbeschlüsse geworben, die 2012 wirksam werden: Die für Jahresbeginn geplante Erhöhung der Besoldung und Pensionen wird sozial gestaffelt, um wenige Monate verschoben, was 100 Millionen Euro einbringt. Darüber hinaus wird bei der Beihilfe für Gesundheitskosten der Eigenbeitrag Wahlleistungen angehoben. Dies sei ein „angemessener Solidarbeitrag" zur Etatkonsolidierung sagte **Grünen**-Fraktionschefin **Edith Sitzmann**.

Der **CDU**-Abgeordnete **Karl-Wilhelm Röhm** hielt der Regierung vor von den Beamten trotz Rekordeinnahmen ein „Sonderopfer" zu verlangen.

Da die Diäten 2011 um 4,5 Prozent gestiegen seien, sei es „eine Frage des Anstands, dass wir anderen kein Sonderopfer zumuten". Zudem dürften Sparmaßnahmen „nur im Dialog" mit den Beamten erfolgen.

FDP-Fraktionschef **Hans-Ulrich Rülke** warf **Grün-Rot** vor, zusätzliche Posten in der Verwaltung geschaffen zu haben: „Sie etablieren zusätzliche Häuptlinge und die Indianer müssen es ausbaden."

Schmiedel wies die Kritik mit Verweis auf den Etat zurück: „Sie haben uns Löcher hinterlassen – Löcher wie ein Schweizer Käse." Die **CDU** habe deshalb schärfere Sparpläne in der Schublade gehabt, eine entsprechende „Giftliste" sei im Finanzressort gefunden worden. Die sei zum Glück obsolet, sagte **Schmiedel** und **zerriss** die **vermeintliche Liste** auf dem Podium.

Der symbolischen Geste zum Trotz plant auch **Grün-Rot** weitere Einschnitte, wobei **Schmiedel** den Geldbeutel der Beamten schonen will. Man wolle mit Beamtenbund, Gewerkschaften und Personalräten über Einschnitte in Sachbereichen verhandeln, sagte **Schmiedel** der SÜDWEST PRESSE am Rande der Plenardebatte. So könne eine einheitliche IT-Struktur in der Verwaltung viel Geld sparen, auch in der Liegenschaftsverwaltung seien Einsparungen möglich. Zudem sei ein Abbau von Stellen möglich – gleichzeitig „müssen aber Aufgaben wegfallen".

Finanzminister **Nils Schmid** (**SPD**) machte jedoch auch deutlich, dass sich die Beamten auf weitere Maßnahmen einstellen müssen: **„Die Politik des Gehörtwerdens heißt nicht immer, dass man auch erhört wird."**

Großes Theater im Landtag: SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel zerreißt am Rednerpult eine angebliche „Giftliste" aus CDU-Regierungszeiten mit Plänen für drastische Einschnitte bei den Beamten. Doch der Beamtenbund will weit mehr: die vertragliche Zusage, dass Grün-Rot nicht selbst neue „Giftlisten" erstellen wird. *Foto: dpa*

40 Prozent fürs Personal

Die Personalkosten machen fast 40 Prozent der Ausgaben des Landes aus. Im vierten Nachtragshaushalt 2011 sind für Aufwendungen für Beamte und Angestellte insgesamt 14,6 Milliarden Euro veranschlagt.

Dem stehen Einnahmen in Höhe von 36.8 Milliarden Euro gegenüber. Zum Vergleich: Für Investitionen sind im aktuellsten Etat 3,3 Milliarden Euro eingeplant. Der größte Anteil der Personalausgaben entfällt mit 7,8 Milliarden Euro auf das Kultusministerium. *lsw*

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Jahresrückblick – Staatsanzeiger vom 30. Dezember 2011

Grün-Rot spart bei den Beamten

Kürzungen für 2012 – Weitere Einschnitte geplant

STUTTGART. Auf 130 Millionen Euro müssen die Beamten im kommenden Jahr verzichten. Finanzminister **Nils Schmid (SPD)** beansprucht das Geld für den Ausgleich des Landeshaushalts. **Volker Stich**, Vorsitzender des Beamtenbunds Baden-Württemberg **(BBW)**, kann sich darüber eigentlich nicht beschweren.

Sparbeitrag von 100 Millionen Euro stand im Raum

Stich selber war es, der Finanzminister **Schmid** Ende September ein Angebot machte. Die Beamten seien bereit, ihren Teil zu den Sparbemühungen beizutragen. Voraussetzung sei, dass man zu einer Einigung komme, die Garantien enthalte, was etwa die Wochenarbeitszeit und die Beihilfe betrifft. Sogar ein Betrag stand im Raum: 100 Millionen Euro.

So viel hatte **Stich** im Jahr 2010 in einer ähnlichen Situation dem damaligen Ministerpräsidenten **Stefan Mappus (CDU)** angeboten. Die Sache hätte gut ausgehen können: **Mappus**' Vorgänger **Günther Oettinger (CDU)** hatte sich im Jahr 2007 auf einen ähnlichen Deal eingelassen. Dass **Schmid** und **Stich** nicht handelseinig wurden, führt **Stich** auf die **Hartleibigkeit der Grünen** zurück. Deren Vormann, Ministerpräsident **Winfried Kretschmann (Grüne),** habe Forderungen gestellt, die der Beamtenbund nicht habe akzeptieren können.

Im neuen Jahr droht nun neues Ungemach. **Grün-Rot** will es bei den Einsparungen für 2012 nicht bewenden lassen. Die **Grünen** planen – anders als etwa **SPD**-Fraktionschef **Claus Schmiedel** – dauerhafte Kürzungen bei Besoldung, Pension und Beihilfe. Das dürfte in der Koalition noch zu Streit führen. **Stich** hat sich ausdrücklich **Schmiedels** Unterstützung versichert. *(smlc)*

Gegen das geplante Großgefängnis für 500 Häftlinge hat in Rottweil eine Bürgerinitiative mit Protestschildern und Unterschriftenaktionen mobil gemacht. Foto: dpa

Justizministerium für Finanzen und Wirtschaft, 9. Dezember 2011

Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Raum Rottweil ist notwendig

Neuer, ergebnisoffener und transparenter Standortsuchlauf zugesagt

Justizminister Rainer Stickelberger und Wolfgang Leidig, Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, haben am Freitag (9. Dezember 2011) die Planungen bekräftigt, im Raum Rottweil eine neue Justizvollzugsanstalt zu bauen. Sie sagten zu, dafür einen neuen Standortsuchlauf zu starten. „Es wird eine neue, ergebnisoffene und transparente Standortsuche für die Justizvollzugsanstalt geben", erklärten die beiden. Zuvor hatten sie sich im Gewann „Bitzwäldle" nordöstlich von Rottweil ein Bild von dem Grundstück gemacht, das aufgrund der bisherigen Suche für den Neubau ausgewählt worden war.

Zudem hatten sie mit Vertretern der Stadt, des Gemeinderats und des Landkreises, mit Ortsvorstehern, Landtagsabgeordneten und Vertretern der Bürgerinitiative NAKU e.V. (Verein zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft e.V.) gesprochen. „Der Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Rottweil ist ein wichtiger Bestandteil der Neustrukturierung des Justizvollzugs in Baden-Württemberg", stellte der Justizminister fest: „Wir brauchen die Neustrukturierung, um wirtschaftliche Strukturen und die Qualität der Haftplätze gemäß den Vorgaben unseres Grundgesetzes gewährleisten zu können." Dennoch dürfe nicht über die Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort hinweggegangen werden. In einem neuen Standortsuchlauf würden alle Argumente ernst genommen und einbezogen – ob sie nun für oder gegen einen Standort vorgebracht würden. „Klar ist aber, dass am Ende des Prozesses eine Entscheidung für einen geeigneten Standort stehen muss", stellte der Minister fest.

Ministerialdirektor **Leidig** verwies auf den hohen Anteil an Haftplätzen in Baden-Württemberg, die baulich vor dem Jahr 1918 entstanden sind. „Dieser Umstand erschwert die Ausrichtung des Strafvollzugs an den heutigen Anforderungen und hat zudem hohe laufende Unterhaltskosten zur Folge. Hier besteht für das Land Handlungsbedarf."

Weitere Informationen:
Überlegungen, im Großraum Rottweil eine neue Justizvollzugsanstalt zu bauen, gibt es seit Jahrzehnten. Konkret wurden die Planungen im Zusammenhang mit dem Haftplatzentwicklungsprogramm „Justizvollzug 2015" des Finanz- und Justizministeriums Baden-Württemberg, das im Jahr 2007 beschlossen wurde. Ziel des Programms ist eine Strukturverbesserung und Schaffung von verfassungskonformen Haftbedingungen. Denn noch gibt es im Land viele kleinere, alte Justizvollzugsanstalten. Diese sollen geschlossen und durch zeitgemäße, personalwirtschaftlich effektivere Anstalten ersetzt werden. Schwerpunkte des Haftplatzentwicklungsprogramms sind die mittlerweile fertiggestellte Justizvollzugsanstalt in Offenburg und ein Neubau im Großraum Rottweil.

Der Fokus auf den Großraum Rottweil ergibt sich daraus, dass für den Bereich der Landgerichte Konstanz, Rottweil, Hechingen und Waldshut-Tiengen eine größere Justizvollzugsanstalt fehlt. Vor allem längere Freiheitsstrafen können in den bestehenden kleineren Einrichtungen nicht vollzogen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings eine regional ausgerichtete Unterbringung von Strafgefangenen angemahnt. Gemeinsam mit der Stadt Rottweil wurde die Suche nach einem geeigneten Standort unternommen, schließlich fiel die Wahl auf ein von Rottweil vorgeschlagenes Grundstück im Gewann „Bitzwäldle" nordöstlich von Rottweil. Aus einer Bodenuntersuchung im Frühjahr 2010 ergab sich die grundsätzliche Geeignetheit als Baugrund. Eine Bürgerinitiative wendet sich gegen die Neubaupläne.

STUTTGARTER ZEITUNG vom 6. Dezember 2011

Wird das Großgefängnis im Wald gebaut?

Der Justizminister kommt nach Rottweil – und der OB und die Bürgerinitiative hoffen auf Klarheit

Von Andrea Koch-Widman

ROTTWEIL: Eigentlich sind die Weichen gestellt: Das Land baut ein Großgefängnis mit rund 500 Haftplätzen in Rottweil, so wie es im Modernisierungsprogramm „Justizvollzug 2015" vorgesehen ist. Die Stadt selbst hatte einen neuen Standort im Bitzwald gefunden, weil im Jahr 2008 das Land das seit rund 30 Jahren vorgesehene Gebiet am Stallberg wegen des Gipsvorkommens im Untergrund als zu riskant einstufte. Der Gemeinderat stimmte vor fast genau einem Jahr dem neuen Standort mitten im Wald, direkt an der Grenze zum Zollernalbkreis, zu. Die Kommunalpolitiker ignorierten das ablehnende Votum der Ortschaftsräte aus den direkt betroffenen Rottweiler Teilorten Zepfenhan (580 Einwohner) und Neukirch (670 Einwohner), die keinen Sitz im Stadtparlament haben. Auch die Proteste einer Bürgerinitiative verhallten ungehört.

Der Regierungswechsel allerdings machte das Projekt zur Hängepartie. „Wir warten seit Dezember 2010 auf eine Entscheidung des Landes und auf konkrete Vorgaben, um das offizielle Bebauungsplanverfahren einzuleiten", sagt der parteilose Rottweiler OB **Ralf Broß**. Im Koalitionsvertrag jedoch findet sich kein Wort zum Bau einer weiteren großen Justizvollzugsanstalt. Vielmehr lehnt die grün-rote Landesregierung eine Privatisierung des Strafvollzugs ab und kündigt an, die Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg mit 500 Haftplätzen möglichst rasch rückgängig zu machen und damit „eine verhängnisvolle Fehlentwicklung" zu stoppen. Der Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** war im Wahlkampf als **Grüner Spitzenkandidat** im Februar vorigen Jahres durch den Bitzwald marschiert und hatte der Bürgerinitiative zugesagt, im Falle einer Regierungsbeteiligung sich für eine „faire und ergebnisoffene Prüfung" von Standortalternativen auszusprechen.

Ähnliches hatte der Finanzminister **Nils Schmid (SPD)** bei einer Veranstaltung im Oktober in Balingen zugesagt und auch, dass das Justizministerium zunächst den tatsächlichen Bedarf prüfen müsse.

Mit Spannung werden deshalb am Freitag der Justizminister **Rainer Stickelberger (SPD)** und Vertreter des Finanzministeriums in Rottweil erwartet. Sowohl der OB als auch die Bürgerinitiative erhoffen sich endlich Klarheit. OB **Broß** gibt sich gelassen. Eine Prüfung sei nicht gleichbedeutend mit einer neuen Standortsuche. „Das ist ein großer Unterschied", betont er. **Broß** hofft darauf, dass sich die neue Landesregierung zum Justizvollzugsstandort Rottweil bekennt und vertraut auf die „Verlässlichkeit" von Beschlüssen. Der OB hält an dem Großgefängnis fest, das ein Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum Rottweil sei. Ein Teil der 500 Häftlinge würde der Stadt als Einwohner zugerechnet, was Mehreinnahmen von rund 400 000 Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich bedeutete. Dies könnte sich durch den Zuzug von Justizbediensteten – der Personalbedarf liegt bei 250 Mitarbeitern - noch erhöhen und einen positiven Effekt auf die Einkommenssteuer haben. Die lag dem OB zufolge 2009 mit 8,8 Millionen Euro über den Einnahmen aus der Gewerbesteuer (7,7 Millionen Euro).

Die Bürgerinitiative hingegen vertraut darauf, dass die Regierung nun Schluss macht mit dem Flächenverbrauch. „Wir fordern einen neuen, transparenten, nachvollziehbaren Suchlauf, der sich an ökologischen Kriterien und auch am tatsächlichen Bedarf für Haftplätze orientiert", sagt **Ingeborg Gekle-Maier**, eine Sprecherin der Initiative. Der Bitzwald, der im Staatsbesitz und ohne Schutzstatus ist, sei jedenfalls ein bisher unterschätztes Naturparadies. Das sei beim bundesweiten Tag der Arten-Vielfalt festgestellt worden, über diese Aktion im Bitzwald war in der Zeitschrift „**Geo**" als einzige aus Baden-Württemberg berichtet worden. Damit hat der Naku – der Verein zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft – der sich aus der Bürgerinitiative heraus gegründet hat und inzwischen rund 800 Mitglieder zählt, einen Coup gelandet.

Am Freitag macht sich sie Delegation aus Stuttgart auf Einladung der Bürgerinitiative ein Bild vom geplanten Standort mitten im Wald. 25 000 Bäume sollen auf der zwölf Hektar großen Fläche weichen, die für die Justizvollzugsanstalt veranschlagt wird. Es folgen Gespräche mit dem OB und Vertretern des Gemeinderats. Anschließend ist eine weitere große Gesprächsrunde geplant, bei der auch Vertreter der Bürgerinitiative am Tisch sitzen. Dem Ergebnis wollen die Sprecher beider Ministerien nicht vorgreifen. Ein neuer Suchlauf aber, heißt es, sei „nicht völlig ausgeschlossen".

Antwort auf das Schreiben des Innenministeriums vom 21. November 2011

„Weiterentwicklung und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts in Baden-Württemberg"

Sehr geehrte Damen und Herren,

der **BSBD**-Landesverband Baden-Württemberg möchte stichwortartig zu einigen Punkten des Koalitionsvertrages Stellung nehmen, die auch Auswirkungen auf das Dienstrecht und seine Weiterentwicklung haben bzw. haben könnten. Obwohl das Innenministerium in seinem Anschreiben auf die abweichenden Zuständigkeiten bei speziellen Fragen (MFW für Fragen rund um Besoldung – Versorgung und Tarifrecht) hinweist, sehen wir jedoch die Notwendigkeit, hier nicht einzelne Themenkomplexe auszuklammern.

Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandel

Die Weiterentwicklung des Dienstrechtes kann unseres Erachtens nur in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden und daher können insbesondere auch Fragen der „gerechten Besoldung, Versorgung und Bezahlung von Tarifbeschäftigten", also der Teilnahme dieser Gruppen an positiven Entwicklungen, nicht ausgeklammert werden.

In einer Gesellschaft, die in einem grundlegenden Wandel infolge demografischer Faktoren steht, werden mit Sicherheit die „Standortfaktoren" Besoldung, Versorgung und auch Lebensarbeitszeit, neben anderen Faktoren wie z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung,

stärker zum Tragen kommen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Für den Bereich des Strafvollzugs sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Strafvollzug ist eine ausschließlich **hoheitliche Aufgabe**. Wir lehnen daher weiterhin eine wie auch immer geartete „Privatisierung" in diesem Kernbereich der Inneren Sicherheit ab. Wir freuen uns, dass diese Haltung mittlerweile auch von der Landesregierung mitgetragen wird und der teilprivatisierte Betrieb der JVA Offenburg im Jahr 2014 beendet werden wird.
2. Im Koalitionsvertrag heißt es auf Seite 63 **„Justizvollzug menschlich gestalten"**. Wir verbinden mit dieser Aussage die Hoffnung, dass hier nicht nur von Rechten für Strafgefangene und andere Inhaftierten gesprochen wird, sondern dass hier auch ausdrücklich die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsfelder aller im Justizvollzug Beschäftigten überprüft und – wo notwendig – verändert bzw. angepasst werden sollen. Unseres Erachtens bedingt die geforderte „Professionalisierung" des Strafvollzugs auch zwingend eine Neuausrichtung im Bereich des eingesetzten Personals. Der Fokus sollte hier neben einer angemessenen, also an den Aufgaben orientierten Personalausstattung auch auf einer Umgestaltung der derzeit vorhandenen Laufbahnen im Justizvollzug liegen. Mit dieser Weiterentwicklung sollten sich die **Möglichkeiten des Aufstieges hochqualifizierten Mitarbeiter** in wesentlich größerem Umfang als derzeit bieten, um diese dauerhaften Leistungsträger auch entsprechend ihrer Fähigkeiten einsetzen und fördern zu können. Eine Laufbahn, wie z.B. der mittlere allgemeine Vollzugsdienst, ermöglicht realistisch gesehen zwei Beförderungen während eines Berufslebens. Dies kann nur zu Resignation und schlimmstenfalls zur „inneren Kündigung" führen.
3. Auf Seite 68 des Koalitionsvertrages heißt es unter **„Ein starker öffentlicher Dienst"**, dass die **„Sonderaltersgrenzen"** einer Überprüfung und Neureglung unterzogen werden. Da der Justizvollzug mit seinen hoch belasteten Bereichen im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst von der Anhebung der Sonderaltersgrenzen von 60 auf 62 Lebensjahre besonders betroffen ist, sehen wir hier einer Neuregelungen hoffnungsvoll entgegen, die diese „Pensionskürzung durch die Hintertür" wieder rückgängig machen wird. Wir halten es für zwingend notwendig, die „Fehler" der Vergangenheit zu korrigieren und die Sonderaltersgrenzen wieder auf realistische 60 Jahre zurück zu führen.
4. Erfreulich ist, dass mit der Dienstrechtsreform erstmalig Mittel für die Gesundheitsvorsorge extra in die Hand genommen wurden. Wir halten es auch aufgrund der bekanntermaßen enorm gestiegenen Anforderungen an die Bediensteten und Beschäftigten für erforderlich, diese positiven Ansätze weiter zu vertiefen. Der notwendige Bewusstseinswandel hin zum Gesundheitsmanagement wird sicher noch geraume Zeit benötigen. Fatal wäre es, wenn die Bemühungen im Rahmen des **Gesundheitsmanagements** als Strohfeuer verpuffen würden. Dies würde mit Sicherheit auch auf zukünftige gleich geartete Maßnahmen dauerhaft einen negativen Einfluss ausüben.
5. Als sehr problematisch sehen wir die Regelung des § 76 (1) LBeamtVG-BW an, wonach der **Versorgungsausgleich** von maximal **4091.– €**, der den Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes der Justizvollzugsanstalten weiterhin gewährt wird, anteilig bei freiwilliger Weiterarbeit gekürzt wird. Dies ist vor dem Hintergrund der gewünschten und für den Landeshaushalt positiven freiwilligen Weiterarbeit absolut kontraproduktiv. Eine freiwillige Weiterarbeit würde und wird hier mit einer „Strafe" von ein Fünftel der 4091.– € pro Jahr belegt. Auch vor dem Hintergrund, dass dies nur bei den Gruppen mit besonderen Altersgrenzen gilt, halten wir diese Regelung für grundlegend falsch, wenn nicht sogar ungerecht.
6. Die auf Seite 68 des Koalitionsvertrages angedeutete Verschiebung der Besoldung hin zur **Familiengründungsphase** ist abzulehnen. Hier handelt es sich um nichts anderes als eine verdeckte Pensionskürzung. Da die Pensionsbezüge sich bekannterweise nach den erreichten Endgehältern errechnen, wäre eine Abschmelzung der Endgehälter mit einer Pensionskürzung gleich zu setzen. Eine finanzielle Verbesserung der Anreize kann und darf daher nur „on top" erfolgen. Wir sind aber auch der Auffassung, dass es im Wettstreit um die besten Köpfe, der in Zukunft sicher noch stärker entbrennen wird, notwendig sein wird, hier geeignete Maßnahmen seitens der Landesregierung und -verwaltung zu ergreifen. (Hervorhebungen Red. *wok*)

Alexander Schmid,
Landesvorsitzender

Gespräch mit Karl Zimmermann

Zusammenarbeit mit BSBD zugesichert

Im Zuge des regelmäßigen Austausches mit Vertretern der Landespolitik traf der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** am 29. November 2011 mit dem langjährigen Strafvollzugsbeauftragten der CDU-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag – **Karl Zimmermann**, MdL – zusammen. Bei dem fast zweistündigen Gespräch in den Räumen der CDU-Fraktion wurden aktuelle Themen behandelt sowie auch mittel- und langfristige Planungen zur Weiterentwicklung im Justizvollzug erörtert.

Die Übergangsphase zwischen teilstaatlichem und vollstaatlichem Betrieb der **JVA Offenburg**, das Haftplatzprogramm 2015, besonders der weiterhin angestrebte Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Bereich **Rottweil** und auch die Möglichkeit und **BSBD**-Zielsetzung, das Vollzugspersonal in angemessenem Umfang am sozialen Fortschritt zu beteiligen, waren nur einige der Gesprächsinhalte an diesem Nachmittag.

Landesvorsitzender Alexander Schmid (r.) beim CDU-Landtagsabgeordneten Karl Zimmermann.
Foto: BSBD-BW

Die Erhöhung der Gitterzulage, die ganz entscheidend auch vom Abgeordneten **Zimmermann** mit initiiert worden war, sei hier nur als ein Beispiel für die Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele genannt. In diesem Zusammenhang konnte auch nahtlos an das „**BSBD**-Projekt" einer möglichen Erhöhung der **Meisterzulage im Werkdienst** angeknüpft werden.

Karl Zimmermann versicherte dem Landesvorsitzenden *Schmid* seine weitere enge Zusammenarbeit mit dem *BSBD*-Landesverband, denn der Gedankenaustausch mit der führenden Interessenvertretung im Bereich des Justizvollzuges sei immer ein Gewinn für pragmatische Gestaltungsansätze.

Nachtrag zu den Fachgruppengesprächen im Justizministerium:

Vertreter des mittleren Verwaltungsdienstes beim Personalreferenten der Abteilung Justizvollzug

- Ein Gesprächspunkt war die **Zentralisierung von Zahlstellenaufgaben.** Ich habe Herrn **Minsterialrat Weik** geschildert, dass man gegen eine zentrale Verbuchung der Gefangenengelder keine Einwände habe und dass dies durchaus auch Vorteile mit sich bringen könnte. Jedoch halte ich die Auslagerung von Pfändungen und Schadensfällen für bedenklich. Ich habe versucht – in Erinnerung an seine Mannheimer Zeit – ihm vor Augen zu führen, wie problematisch ein Gefangeneneinkauf ablaufen kann. Weiterhin habe ich versucht ihm zu vermitteln, dass – obwohl Zahlstellenaufgaben zentralisiert werden sollen und die Stelle eines „Zentralen Zahlstellenbeamten" höher bewertet werden wird – die schwierigere Arbeit, wie z.B. den Gefangenen zu erklären, warum etwas von ihrem Konto abgebucht wurde, weiterhin den Kassenbeamten vor Ort vorbehalten bleibt. Herr Weik informierte mich darüber, dass – bedingt durch das Schreiben des HPR diesbezüglich – der Start des Pilotprojekts auf mindestens Januar 2012 verschoben worden sei. Am 05. 10. 2011 habe eine weitere Sitzung der Projektgruppe stattgefunden, bei der die zu zentralisierenden Aufgaben festgelegt wurden.
- Ein weiterer Gesprächspunkt waren die Stellen, welche wir gerne aus dem Stellenschlüssel herausgenommen haben möchten. Ich habe nochmals erwähnt, dass sowohl der AVD als auch der Werkdienst Funktionsstellen besitzen, mit denen sich die Kollegen verlässlich – nach einem gewissen Zeitablauf – auf Beförderungen einstellen können. **Herr Weik** versicherte mir, dass in absehbarer Zeit ein ausführlicher **„Funktionsstellenkatalog"** auch für mittleren Verwaltungsdienst erstellt werden soll.
  Dabei wird zu prüfen sein, ob die Stellen, die wir vor zwei Jahren in einem Gespräch mit **Herrn Weik** und **Herrn Futter** vorgeschlagen hatten, mit dem Spitzenamt A9Z bewertet werden sollen.

  Diese sind im Einzelnen:
  - **Leiter der Zentralstelle für Zahlstellenaufgaben**
  - **Leiter der Vollzugsgeschäftsstelle**
  - **Stelle des ersten Buchhalters im Land**
  - **Beamten der Hauptgeschäftsstelle in kleineren Anstalten, die in erheblichem Umfang Aufgaben wahrnehmen, die sonst dem Verwaltungsleiter zugeordnet sind.**
- Ein weiteres Thema war der Vorschlag der Arbeitsgruppe bezüglich der **„Aufbaulehrgänge".** Hier soll es zukünftig 3 dreitägige Bausteine für Führungskräfte geben, die sich in A9 oder A9 mit Zulage befinden. Diese Lehrgänge werden für alle Dienste stattfinden, also auch für den AVD und WD. Danach – dies gilt auch für den MVD – können besonders fähige Beamte einen Aufbaukurs belegen, der – neben theoretischen Schulungen – für den Verwaltungsdienst nochmals eine Art Kurzausbildung in allen Abteilungen einer Justizvollzugsanstalt beinhaltet, um – vorbehaltlich entsprechender freier Stellen – den Sprung in den gehobenen Dienst zu schaffen. Dies alles wird die Beförderungssituation in den nächsten Jahren entspannen, so dass selbst mit einem „schlankeren" Personalkörper im MVD, der sich wohl durch den EDV-Einsatz nicht vermeiden lassen wird, eine gewisse „Beförderungsbefriedung" (furchtbares Wort) beim Personal im MVD einstellen könnte.
- Gesprächspunkt war auch der **Wegfall der privatisierten Verwaltungsstellen** in Offenburg und ob somit dort Ausbildungsplätze für den MVD geschaffen werden könnten; hier ist man sich noch nicht sicher, wie man mit der Situation umgeht.
- Die **Zentralisierung der Stelle des „ersten Buchhalters"** erfolgte vor allem deshalb in der JVA Stuttgart, weil dort – gerade auch aufgrund des Neubaus – genügend räumliche Kapazitäten vorhanden sind.

Frank, Sprecher der Arbeitsgruppe

Positionspapier Werkdienst – „Wo stehen wir?"

Aufgabenstellung der Meister und Techniker im Landesbetrieb Vollzugliches ArbeitsWesen (VAW)

Seit Einführung des VAW im Kalenderjahr 2001 haben sich die Tätigkeitsmerkmale im Werkdienst deutlich verändert. Neben den hohen Sicherheitsanforderungen müssen auch zunehmend extrem schwierige Gefangene beschäftigt werden. Die Meister sind gleichzeitig betriebswirtschaftliche Fachkraft, arbeitspädagogischer Motivator, „Sozialarbeiter", „Psychologe", EDV-Fachkraft in SAP, ADV-Lohn und vielen Microsoft-Anwendungen sowie Anwender von CNC-gesteuerten Maschinen und Anlagen. Es ist eine zentrale Aufgabe des Werkdienstes, die Wiedereingliederung der Gefangenen nach §2 JVollzGB I durch Arbeit und Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung, Berufsfindung, Kurzlehrgänge oder in der Arbeitstherapie zu fördern.

Hiermit sind die Meister im Werkdienst täglich über sieben Stunden in direktem Kontakt mit den Gefangenen beschäftigt und gleichzeitig für die Sicherheit im Betrieb verantwortlich.

Die jährlichen Zielvorgaben des VAW können nur durch die Fachkompetenz und die Flexibilität der Meister in den Werkbetrieben erreicht werden. Dasselbe gilt bei Arbeitsaufträgen aus der freien Wirtschaft, die Qualitäts- und Termingerecht ausgeführt werden müssen. Auch das seit 2004 jährliche freiwillige „Audit der Zertifizierung nach ISO 9001" ist sehr arbeits- und zeitintensiv.

Diese große Arbeitsverdichtung, bei gleichzeitig ganztägiger Betreuung und Anleitung der Gefangenen, stellt sehr hohe Anforderungen an die Werkbeamten, verbunden mit hohen psychisch-physischen Belastungen. Dennoch wird von den Meistern und Technikern im Werkdienst erwartet, diesen Spagat zwischen Zielvorgaben des VAW und Aufgaben der freien Wirtschaft einerseits sowie Behandlungsauftrag und den hohen Sicherheitsstandards andererseits tagtäglich optimal zu erfüllen.

Die umfangreiche mehrjährige Ausbildung der Angehörigen des Werkdienstes wird unseres Erachtens in den Anstalten nicht genügend gewürdigt und rechtfertigt eine deutliche Verbesserung der Besoldung.

Langfristiges Ziel ist eine höhere Funktionsbewertung

Als ersten wichtigen Schritt zur Erreichung dieses Ziels fordert der Werkdienst im *BSBD*, die Meisterzulage

deutlich zu erhöhen. Die Umstellung von „Dienstaltersstufen“ auf „Erfahrungsstufen“ nach dem neuen Dienstrecht bringt für berufserfahrene Meister zum Teil erhebliche Nachteile in der Eingangsbesoldung.

Um auch zukünftig auf gut ausgebildete Meister und Techniker für die verantwortungsvolle Aufgabe im VAW zurückgreifen zu können, **sollte – als langfristiges Ziel – eine entsprechend höhere Funktionsbewertung erfolgen.**

Gerade bei den Einstellungen von Anwärtern im Werkdienst sind auf Grund der sehr niedrigen Bezüge in Besoldungsstufe A7 kaum geeignete Fachkräfte mit entsprechender Berufserfahrung zu gewinnen.

Hier sollte als **Eingangsamt unbedingt A8 angestrebt werden**, wodurch die hohen Laufbahnvoraussetzung (Meisterprüfung, Technikerausbildung) angemessen berücksichtigt werden würden.

Nach Bestehen der Laufbahnprüfung und Ablauf einer Probezeit sollte eine Übernahme nach A9 erfolgen. Die weiteren Beförderungsämter wären darauf aufzubauen. Grundlage könnte die Funktionsbeschreibung für den Werkdienst mit entsprechender Umsetzung der Quoten sein.

Hier wäre zum Beispiel eine Änderung der jetzigen Regelung „30% in Besoldungsgruppe A 9“ auf „60% in Besoldungsgruppe A 10“ möglich.

Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Nachwuchskräfte

Weiterhin sollte die **Eingruppierung der Geschäftsführer sowie des Hauptgeschäftsführers** entsprechend verbessert werden. Wir brauchen gerade in Zeiten des demografischen Wandels ein Besoldungssystem, das die besonderen Voraussetzungen und Belastungen der Laufbahn abbildet und uns außerdem in die Lage versetzt, auch in Zukunft hochqualifizierte, gut ausgebildete, engagierte und motivierte Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Wir – der **BSBD** – bitten und fordern das Justizministerium und die politisch Verantwortlichen deshalb auf, hier baldmöglichst zu handeln!

Wolfgang Neureuther
stellvertr. **BSBD**-Landesvorsitzender
Fachgruppensprecher Werkdienst

V.l.n.r. Matthias Vogginger, Karl Ernst (50 Jahre Mitglied), Heinz Wintergerst, Landesvorsitzender Alexander Schmid. *Foto: BSBD-BW*

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Unverständnis über geplante Einsparungen im öffentlichen Dienst

Die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg fand am 8. Dezember 2011 in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt. Der Ortsverbandsvorsitzende Heinz Wintergerst begrüßte alle anwesenden Mitglieder sehr herzlich, ganz besonders den BSBD Landesvorsitzenden Alexander Schmid, den stellvertr. Anstaltsleiter der JVA Freiburg und Justiziar im Landesverband Herrn Maurer-Hellstern, den Verwaltungsleiter und Verlagsleiter der Fachzeitschrift: „DER VOLLZUGSDIENST“ Herrn Zielinski, die Kollegen der Ortsgruppen Waldshut-Tiengen und Lörrach, sowie alle Pensionäre und anwesenden Mitglieder.

Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt wurde. Die Mitgliederversammlung gedachte der verstorbenen Mitglieder: **Franz Rehm** (Ehrenortsverbandsvorsitzender) und **Walter Holland.**

Nach der Totenehrung berichtete der 1. Landesvorsitzende **Alexander Schmid** in seinem interessanten und informativen Referat über die aktuelle Landesverbandsarbeit. Themen waren die geplanten Einsparungen der Landesregierung bei den Beamten. Es ist unverständlich, dass bei Steuermehreinnahmen von 2 Milliarden wiederum bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gespart wird. Im Gegenzug leistet sich die neue Landesregierung 160 neue Stellen in der B-Besoldung. Weitere 100 Spitzenstellen sind zusätzlich geplant. Die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst hätten erwartet, dass sie auch wieder einmal an der sozialen Entwicklung teilhaben können. Kollege **Schmid** berichtete über den Inhalt der sogenannten Giftliste – Planungen, wie man in den nächsten Jahren im Bereich der Beamten einsparen könne. Uns wird leider nicht zugestanden, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten unseren Solidarbeitrag durch Verzicht gelei-

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

stet haben. Stichwort Weihnachts- und Urlaubsgeld und vieles mehr.

Kollege **Schmid** interpretierte ein Antwortschreiben des Justizministers **Stickelberger** als Reaktion auf die Zusendung eines Positionspapiers des **BSBD** Landesverbandes Baden-Württemberg. Die Anregungen des **BSBD** werden beim Justizministerium aufgenommen und alsbald oder mittelfristig umgesetzt, so **Schmid**.

Einen Schwerpunkt nahm das Thema Beitragserhöhung ein. Der Leistungskatalog wurde von **Schmid** sehr ausführlich erörtert, die Gründe für die Beitragserhöhung explicit dargestellt. Die letzte Beitragserhöhung fand statt vor mehr als 10 Jahren. Andere Interessenvertretungen haben schon immer wesentlich höhere Beitragsätze eingefordert.(0,8 bis 1,0% vom Bruttogehalt). Die Beitragserhöhung beträgt monatlich 1,25 €.

Anschließend präsentierte Schriftführer **Werner Bürklin** den Tätigkeitsbericht der Vorstandschaft des vergangenen Jahres. Die Kassiererin Kollegin **Bohr** gab ihr Bericht über die Kassen- und Mitgliederbewegung ab. Im Vergleich zum Vorjahr habe sich der Mitgliederstand geringfügig reduziert. Der Mitgliederstand betrage **303 Mitglieder.**

Der Ortsverbandsvorsitzende **Heinz Wintergerst** berichtete über ein ereignisreiches Jahr. Die Vorstandschaft habe sich aktiv gezeigt und an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen.

Große Themen waren 2011 unter anderem die Neugestaltung der Sicherungsverwahrung und die EU-Rechtssprechung bezüglich Arbeitszeit und Urlaub. EU-Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen beinhalten eindeutige Vorgaben zu Arbeitszeiten, Pausen und Urlaubsregelungen, welche ab dem 01.01.2012 umgesetzt werden müssen. Vor allem davon betroffen ist der AVD im Schicht- und Wechseldienst. Diese Vorgaben stellen immense Herausforderungen an Behördenleitung und Personal, diese können nur mit viel Erfahrung, Weitsicht und gegenseitigem Vertrauen personell und familienfreundlich gelöst werden, so **Wintergerst**.

Matthias Vogginger, (re) dankte dem Vorsitzenden Heinz Wintergerst für seine unermüdliche Arbeit. *Foto: BSBD-BW*

Die Justiz ist nach den Landtagswahlen SPD geführt mit vielen neuen Köpfen in der Hausspitze. Gleichwohl hat die neue Regierung Teile der Giftliste der alten Regierung – sprich Beamtenopfer – in ihr Programm aufgenommen. Verspätete Gehaltserhöhungen, Erhöhung des Eigenanteiles zu Wahlleistungen und weiteres mehr sollen zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Beamtenbundvorsitzender **Volker Stich** hat das Schwert bereits aufgenommen und ist zum Gegenangriff übergegangen.

Positiv zu vermerken ist die Tatsache, dass der neue Justizminister **Stickelberger** die Teilprivatisierung in Offenburg rückgängig macht und bis 2014 wieder in staatliche Hände zurückführt.

Offensichtlich hat man festgestellt, dass die jahrelangen Warnungen unseres **BSBD** gegen Privatisierung sich in der Praxis bewahrheiten und man sich nun schnellstmöglich von den privaten Anbietern trennen wird. Letztendlich ist dieser Rückzug ein toller Erfolg unseres Verbandes, worauf wir sehr stolz sein können.

Zum Schluss seines Vortrages rief Kollege **Wintergerst** zur Solidarität innerhalb des Verbandes auf. Denn nur eine starke Berufsorganisation werde auf politischer Ebene anerkannt und kann auf Dauer Erfolge verzeichnen.

Die Fachgruppenvertreter Kollege **Thiel** (AVD), Kollege **Menner** (WD) und Kollege **Adler** (Pensionäre) berichteten über die Arbeit in ihren Fachgruppen.

Ehrungen:

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde Kollege **Hartmut Huck** von der Ortsgruppe Lörrach geehrt.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden die Pensionäre **Ernst Schmieder** und **Erich Schuler** geehrt.

Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurde der Pensionär **Karl Ernst** geehrt.

Unter Punkt Verschiedenes bedankte sich der stellvertretende Vorsitzende **Matthias Vogginger** beim Vorsitzenden **Heinz Wintergerst** für die unermüdliche Arbeit als Vorstand. Viele Termine müssen wahrgenommen werden und viel Freizeit muss geopfert werden. Als kleine Anerkennung übergab Kollege **Vogginger** ein Weinpräsent.

Zum Schluss hielt Herr **Fries** vom BGV (Kooperationspartner des **BSBD**-Landesverbandes) einen Infovortrag über neue Leistungen des BGV.

Zielgruppe des BGV seien alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Der BGV unterstützt den **BSBD** mit Anzeigen und Werbung in der Fachzeitschrift oder auf der Rückseite der Mitgliederkarte. Am Schluss wurden fünf Preise verlost.

Im Bild: Verwaltungsleiter Peter Zielinski, stellvertretender Anstaltsleiter der JVA Freiburg Maurer-Hellstern, sowie weitere Versammlungsteilnehmer. *Foto: BSBD-BW*

Ortsverband Ravensburg

Vollzugsanstalt Enzisheim besichtigt

Pünktlich um 6.00 Uhr starteten wir am 17. November 2011 von Ravensburg aus über Freiburg (dort stiegen die Kollegen Wintergerst und Adler vom OV Freiburg zu) nach Frankreich zur Vollzugsanstalt Ensisheim.

Gegen 10.00 Uhr erreichten wir die Vollzugsanstalt. Von außen beeindruckten uns bereits der Stacheldraht, die Seilbespannung (gegen Hubschraubereinflug) und die Wachtürme.

An der Pforte empfing uns das Wachpersonal sehr freundlich und führte uns durch die übliche Sicherheitskontrolle. Die zweistündige Besichtigung der Anstalt wurde in zwei Gruppen durchgeführt. Die detaillierten Auskünfte der Offiziere über den Tagesablauf, die Freizeit, der Alarmablauf und ihre spezifischen Abläufe innerhalb der Anstalt waren sehr interessant und aufschlussreich.

Foto: BSBD-BW

Gegen 12.45 Uhr kamen unsere zwei Gruppen in der Anstaltskantine mit den französischen Kollegen zum Mittagessen wieder zusammen. Hier fand noch ein reger Austausch von Informationen statt. Hierzu durften wir die französische Küche und das ein oder andere Glas Rotwein genießen. Danach trafen wir uns nochmal mit der Anstaltsleitung zur Gastgeschenkübergabe und Verabschiedung.

Gegen 15.00 Uhr verließen wir Ensisheim wieder und fuhren zurück nach Deutschland, wo wir auf dem Weingut Huber in Malterdingen zur Weinprobe eingeladen waren. Anschließend bezogen wir im Hotel Rebstock unser Quartier und ließen den ereignisreichen Tag bei einem gemeinsamen Abendessen ausklingen. Am nächsten Morgen fuhren wir nach dem Frühstück in die schöne, historische Stadt Freiburg.

Ich möchte mich nochmals bei den Helfern, die zum Gelingen der Bildungsreise beigetragen haben, sehr herzlich bedanken. Mein besonderer Dank geht an die Herren **Wintergerst** und **Adler** vom **BSBD**-Ortsverband Freiburg, die uns den Kontakt zur französischen Anstalt in Ensisheim hergestellt und so die Reise ermöglicht haben. *Jörg Krabacher*

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug

Mitgliedervorteile

REBECCA –

ein begeisternder Weltbestseller, ein atemberaubendes Musical

Mit dem BSBD-Mitgliedervorteil besuchte ich und meine Partnerin das neue Musical „Rebecca“ im Stage Palladium Theater in Stuttgart. Ein Besuch, der sich auf jeden Fall lohnt. hier ein kleiner Bericht:

REBECCA basiert auf dem 1938 erschienenen gleichnamigen Bestseller-Roman von Daphne du Maurier.
Die Handlung beginnt 1926 in einem mondänen Hotel in Monte Carlo. Die Hauptfigur – aus deren Blickwinkel die Geschichte erzählt wird – ein junges, unbedarftes Mädchen, heiratet an der Côte d’Azur den englischen Adelsspross Maxim de Winter und zieht mit ihm auf seinen legendären Landsitz Manderley. Doch schon der Empfang dort ist frostig und feindselig.
Alle sprechen nur von Maxims erster Frau, der schönen, alles dominierenden Rebecca. Der Geist der Verstorbenen, die ein Jahr zuvor beim Segeln ertrank, ist überall gegenwärtig und die ihr ergebene Haushälterin, Mrs. Danvers, pflegt ihr Andenken in jedem Winkel des Hauses und macht schnell klar, dass die neue Mrs. de Winter keine Chance hat, die legendäre Rebecca de Winter zu ersetzen.
Welches Geheimnis steckt hinter Rebeccas Tod? Rebeccas Boot wird gefunden und ihr Leichnam darin – Maxim de Winter hat vor einem Jahr also eine unbekannte Tote als seine Frau identifiziert und er gerät in Verdacht, Rebecca selbst getötet zu haben.

Es taucht als Eifersuchtsmotiv eine mögliche außereheliche Schwangerschaft auf und nun muss der Fall neu aufgerollt werden. Die neue Mrs. de Winter steht zu ihrem Mann, befreit sich von ihrer Unsicherheit und ergreift die Initiative, indem sie neue Nachforschungen forciert und erreicht, dass die Ermittlungen eingestellt werden. Nach dieser befreienden Nachricht kann Maxim seiner jungen Frau endlich seine uneingeschränkte Liebe schenken. Doch Rebeccas Macht ist noch nicht endgültig gebrochen...
Du Mauriers Roman bildete die Grundlage für mehrere Filmadaptionen. So wurde der Stoff im Jahre 1940 von Alfred Hitchcock mit Sir Lawrence Olivier und Joan Fontaine in den Hauptrollen verfilmt.
Der Film wurde ein Jahr später mit zwei Oscars ausgezeichnet.
Die Musical-Originalproduktion der Vereinigten Bühnen Wien wurde 2006 im Wiener Raimund Theater uraufgeführt. Am 8. Dezember 2011 fand die umjubelte Deutschlandpremiere in Stuttgart statt.

Für das Musical „Rebecca“ sowie „Ich war noch niemals in New York“ (beide in Stuttgart) stehen den BSBD-Mitgliedern und deren Angehörigen günstige Konditionen zur Verfügung.

Alle Termine und Buchungsmöglichkeiten finden ihr unter www.kartentipp.de/mitarbeitervorteil oder ganz einfach telefonisch bei der Ticket-Hotline 0 18 05 / 114 113. Für beide Optionen lautet der Code: Mitarbeitervorteil

Lars Rinklin,
Beauftragter für Mitgliedervorteile
LV Baden Württemberg